



→ «Es braucht ein Moratorium für Lohnerhöhungen des Bundes, bis die Lohndifferenz zur Privatwirtschaft Null beträgt.»

Rudolf Minsch

Regulierung

Beamtenlöhne: Warnsignale *ignoriert*

20.02.2026

Auf einen Blick

Beamtenlöhne übersteigen jene der Privatwirtschaft deutlich und wachsen weiterhin stetig. Notwendige Korrekturen bleiben aus, obwohl Privilegien und Lohnentwicklungen seit Jahren in der Kritik stehen. Künftig müssen sich die Löhne an der Privatwirtschaft orientieren. Die Lohndifferenz zur Privatwirtschaft muss schleichend erodieren.

Landauf, landab ärgert man sich über den Beamtenapparat in Bern, welcher Jahr für Jahr höhere Lohnsteigerungen als die Privatwirtschaft durchsetzen kann. Die Beamtenlöhne stiegen in den vergangenen Jahren um 1,5 bis 4 Prozent pro Jahr. Zwar sind die Lohnerhöhungen an die Leistungsbeurteilung gekoppelt, doch 96,7 Prozent aller Angestellten erreichen ein «Gut» oder ein «Sehr gut». Neben den individuellen Lohnanpassungen kommt on top noch der Teuerungsausgleich hinzu, der in den letzten Jahren meist voll

und zu grossen Teilen gewährt wurde. Dies kontrastiert krass gegenüber der Privatwirtschaft, welche einen Frankenschock, eine Pandemie und einen Zollkonflikt zu bewältigen hatte. Die Reallöhne stiegen mittelfristig zwar trotz der zahlreichen Krisen auch in der Privatwirtschaft solide, aber eben deutlich weniger stark als beim Bund.

Der Bundesrat akzeptiert die Vorschläge des Personals und das Parlament mault zwar hie und da, setzt aber dem Treiben kein Ende. Fakt ist, dass die Beamtenlöhne mittlerweile deutlich höher als die Löhne für vergleichbare Tätigkeiten in der Privatwirtschaft sind. Das IWP schätzt diese «Lohnprämie» kürzlich auf fast 12 Prozent.

Zusammengefasst bedeutet das: Die Beamten haben einen ziemlich sicheren Job, geordnete Arbeitszeiten, Überstundenentschädigungen und grosszügige Pensionskassenlösungen und verdienen zusätzlich noch 12 Prozent mehr als Menschen, die über ihre Steuern das Ganze finanzieren.

Eigentlich müsste nun ein Ruck durch Bundesbern: Wir haben die Kritik von «draussen» gehört. Unsere Löhne müssen wir runterschrauben und wieder an denjenigen der Privatwirtschaft ausrichten. Der Beamtenapparat muss einen Anteil leisten, damit die Bundesfinanzen in den nächsten Jahren weniger stark ansteigen.

Es ist geradezu unverständlich, ja schon etwas unverschämt, dass der Bund nicht entschieden korrigiert. Der Bundesrat beabsichtigt zwar, dass das Wachstum der Bundeslöhne künftig etwas reduziert werden soll. Aber die überhöhten Lohnsteigerungen der Vergangenheit werden damit nicht rückgängig gemacht. Das Lohnprivileg der Beamten wird damit weiter zementiert. Und schlimmer noch: Die Einstiegslöhne sollen erhöht werden. Der Bund soll damit als Arbeitgeber weiterhin attraktiver als Privatunternehmen sein, auch ohne Aussicht auf so üppige Lohnsteigerungen wie in der Vergangenheit. Im Übrigen ist es sowieso der falsche Weg, wenn junge Menschen direkt nach dem Studium zum Bund gehen. Sie sollten zuerst Berufserfahrung in der Wirtschaft sammeln.

Die Lösung wäre naheliegend: Die Beamtenlöhne müssen sich an vergleichbaren Tätigkeiten in der Privatwirtschaft orientieren. Wenn die Löhne in der Vergangenheit stärker gestiegen sind als in der Privatwirtschaft, müssen

sie folglich in den nächsten Jahren sinken. Doch Nominallöhne zu senken, ist kaum realistisch.

Ein möglicher Ansatz könnte darin bestehen, die Lohndifferenz zur Privatwirtschaft schlechend erodieren zu lassen. Damit kann die Lohnprämie über die Zeit hinweg zum Verschwinden gebracht werden. Dies erfordert aber, dass die Bundeslöhne für eine gewisse Zeit nicht mehr ansteigen. Es braucht ein Moratorium für Lohnerhöhungen des Bundes, bis die Lohndifferenz zur Privatwirtschaft Null beträgt. Lohnerhöhungen dürften nur noch erfolgen, wenn sie durch eine Beförderung bzw. Positionswechsel begründet werden können. In diesen Fällen darf eine moderate Lohnerhöhung gewährt werden. Auch der Teuerungsausgleich muss bis auf Weiteres entfallen.

Es ist nicht richtig, wenn der Bund lediglich so tut, als ob man beim Personal sparen würde, in Wirklichkeit aber an den Privilegien und am im Vergleich zur Privatwirtschaft deutlich überhöhten Lohnniveau festhält. Das Missfallen der Bevölkerung wird leider noch überhört. Oder wie es das Sprichwort so schön sagt: «Der Krug geht zum Brunnen, bis er bricht».

Erstpublikation dieses Textes in einer gekürzten Fassung erfolgte am 20. Februar 2026 im Tages-Anzeiger.



Rudolf Minsch

Leiter Wirtschaftspolitik & Aussenwirtschaft, Chefökonom, Stv. Vorsitzender der Geschäftsleitung